

SPD Kreisverband Erlangen-Stadt

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 22.09.2011

Adressaten:

SPD- Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Abgeordnete im Europaparlament

Finanzmärkte re-regulieren!

Zwei Jahre lang war weltweit in Politik und Wirtschaft die Rede von der Notwendigkeit von gravierenden Regulierungen der Finanzmärkte und von Impulsen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und für einen neuen Aufschwung. Regierungen und die hinter ihnen stehenden wirtschaftlich Mächtigen sind weder willens noch in der Lage, endlich Schlussfolgerungen aus der andauernden Finanzmarktkrise zu ziehen und Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die große Mehrheit der Menschen vor deren Folgen. Schützen.

Im Gegenteil: Es wurden keine hinreichenden Festlegungen zur Verschärfung der Kapitalregeln für Großbanken oder für Bankenabgaben und Finanzmarktsteuern vereinbart, dagegen aber der rigide Sparkurs für die nationalen Haushalte zu Lasten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bekräftigt.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung – als Regierung eines der wirtschaftlich mächtigsten Länder der Welt – spielt dabei sowohl national als auch international eine besonders unrühmliche Rolle.

Demgegenüber fordert die SPD mehr denn je - in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und führenden internationalen Wirtschaftswissenschaftlern - eine international abgestimmte Politik zur Re-Regulierung der Finanzmärkte als Voraussetzung für die Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik und für eine konsequente Politik für Wachstum und Beschäftigung.

Wir fordern:

- Zügige Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer auf internationaler und, sollte das nicht möglich sein, zumindest auf europäischer Ebene.
- Durch Re-Regulierung die Banken auf ihre ursprüngliche Funktion als Mittler zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern zurückzuführen
- Zerschlagung von einzelnen Großbanken, die eine zu große Marktmacht und „Systemrelevanz“ haben.
- Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an die Banken
- Trennung der Investmentbanken von normalen Geschäftsbanken
- Etablierung einer europäischen Finanzaufsicht, die alle Finanzmarktaktivitäten, insbesondere der Investmentbanken, Hedgefonds und Private-Equity-Fonds kontrolliert, sowie alle neuen Finanzprodukte zulassen muss.
- Einführung einer Bardepotpflicht und von administrativen, marktkonformen, Kapitalverkehrskontrollen im Krisenfall
- Verbot von Credit-Default-Swaps (CDS)-Zertifikaten als normal handelbare Wertpapiere (d.h. des Handels mit Kreditrisiko-Derivaten)
- Verbot von Leerverkäufen

- Verbot des außerbörslichen Wertpapierhandels („Over-The Counter (OTC)“-Geschäften)
- Einführung des Herkunftslandprinzip für Kapital (d.h. für Kapital gilt überall auf der Welt die Regeln des Heimatlandes)
- Sofortiges Austrocknen von Steueroasen
- Staatliche Kontrolle der Ratingagenturen bei strikter Trennung von Bewertungs- und Beratungstätigkeit
- Zurückdrängen der Kapitalmarkt-Finanzierung der Sozialsysteme (z.B. Riester-rente)

Diese Forderungen verlangen grundsätzlich eine Umsetzung auf der internationalen Ebene. Die SPD muss alle ihre Einflussmöglichkeiten dafür einsetzen. Zahlreiche Maßnahmen können aber auch schon auf nationaler oder EU-Ebene umgesetzt werden. Auf keinen Fall zu akzeptieren ist der zweifellos richtige Hinweis auf möglichst weltweite Durchsetzung als willkommene Ausrede für nationale Untätigkeit (s. Bundesregierung).